

PRESSEMITTEILUNG

- IGES-Studie bestätigt Einschätzung des Hebammenverbands NRW zur existenzbedrohenden Situation der Hebammen
- Studie stellt Hebammenmangel fest
- Hebammen fordern eine Erhebung zur Situation in NRW
- Politik muss endlich handeln

Köln, 04.Mai 2012: Die IGES-Studie, die im vergangenen Jahr im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums erstellt wurde, liefert ein umfassendes Bild der Versorgungs- und Vergütungssituation der Hebammen. Mit den heute veröffentlichten Ergebnissen bestätigt sie die prekäre Lage der Hebammen. Insgesamt hatten im vergangenen Jahr ca. 3.600 Hebammen an der Befragung teilgenommen und u.a. zu ihren Einkünften aus Hebammenhilfe Auskunft gegeben.

Ansteigende Haftpflichtkosten führen zur Aufgabe des Berufs

Laut Untersuchung ist die Diskrepanz zwischen niedrigen Einkünften und massiv steigenden Haftpflichtgebühren der wesentliche Faktor dafür, dass viele Hebammen ihren Beruf aufgeben. Gemäß Studie liegt bei rund 77 % der Hebammen der Gewinn vor Steuern unter der Grenze für ein geringfügiges Einkommen. Das Jahreseinkommen beläuft sich durchschnittlich auf knapp 24.000 Euro. Im Gegenzug sind die Kosten der Berufs-Haftpflichtversicherung auf mehr als 2.400 Euro gestiegen.

Hebammenmangel hat dramatische Folgen

Die Studie bestätigt zudem, dass in Deutschland bereits ein Mangel an Hebammen herrscht. Immer mehr Hebammen reduzieren ihre Arbeit oder planen, sie ganz aufzugeben. In NRW hat sich in einigen Regionen die Zahl der Hebammen bereits halbiert. Die Folge: Eine flächendeckende Betreuung von Schwangeren ist angesichts der sinkenden Zahl freiberuflich tätiger Hebammen nicht mehr sichergestellt. Auch die fortschreitenden Klinikschließungen tragen zu einer Unterversorgung in der Geburtshilfe bei. Die Situation wird sich voraussichtlich noch verschärfen: 40 % der befragten Hebammen planen, mit zusätzlichen Angeboten ihre Existenz zu sichern. Jede fünfte Hebamme denkt darüber nach, aus dem Beruf auszuscheiden. Im Gegensatz zur Einschätzung des Gesundheitsheitsministeriums in seiner aktuellen Pressemeldung kann der Landesverband NRW darin kein positives Bild der Versorgungslage erkennen.

Politik muss handeln, nicht reden

Die Empfehlung des Bundesgesundheitsministers Bahr, die Krankenkassen sollten bei künftigen Verhandlungen die Lage der Hebammen besser berücksichtigen, reicht nicht aus, um einen Berufsstand vor dem Aussterben zu bewahren. Wie wirkungslos solche Aufforderungen sind, zeigt sich ganz aktuell: Der Spitzenverband der Krankenkassen

ist bei den heutigen Verhandlungen in Berlin den Forderungen des Deutschen Hebammenverbandes (DHV) in keiner Weise entgegengekommen. Daraufhin unterbrach der DHV die Verhandlungen unter Protest. Bereits im vergangenen Jahr waren Finanzierungsverhandlungen gescheitert.

Die Versorgungsengpässe und die schlechte Verdienstsituation der Hebammen sind eine gesundheitspolitische Katastrophe für unsere Gesellschaft. Der Hebammenverband NRW fordert deshalb konkrete Maßnahmen von der Politik, um die Haftpflichtsituation zu verbessern. Dazu gehört die Aufforderung, endlich gesetzgeberisch in den privaten Haftpflichtversicherungsmarkt einzugreifen. Zudem wird der Landesverband der Hebammen mit allem Nachdruck eine zeitnahe Erhebung der Situation in NRW einfordern.

Über den Landesverband der Hebammen NRW:

Der Landesverband gehört zum Deutschen Hebammenverband und vertritt die Interessen von Hebammen in Öffentlichkeit und Politik. Nordrhein-Westfalen ist mit 3.456 Mitgliedern der größte der sechzehn Landesverbände. Er setzt sich für die Stärkung und Weiterentwicklung der beruflichen Aus- und Fortbildungen ein und fördert Kontakte und Erfahrungsaustausch unter seinen Mitgliedern.

Ziel des Verbandes ist es, zusammen mit Politikern, Verwaltungen und Verbänden für die Belange der Hebammen einzutreten und öffentliche Aufmerksamkeit für deren Arbeit zu gewinnen. In Kooperation mit anderen Organisationen und den zuständigen staatlichen Stellen soll die umfassende Betreuung für Schwangere, Gebärende, Wöchnerinnen und Säuglinge sichergestellt und erhalten werden.

Mehr Informationen: www.hebammen-nrw.de

Besuchen Sie uns bei Facebook:

www.facebook.com/pages/Hebammenstreik-NRW/138109172915246

Pressekontakt:

Renate Egelkraut Landesverband der Hebammen Nordrhein-Westfalen e.V. Vorsitzende Krieler Str. 90 50935 Köln

Telefon: 0221- 94 65 730-8

E-Mail: Egelkraut@hebammen-nrw.de